



Amtsblatt

für den Landkreis Elbe-Elster

Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Elbe-Elster

Tierseuchenallgemeinverfügung zur Vorbeugung vor der Einschleppung und der frühzeitigen Erkennung der Newcastle Disease (ND)

Seit Februar 2026 wurden in Geflügelhaltungen in Brandenburg eine Vielzahl von Ausbrüchen der Newcastle Krankheit (Newcastle Disease, ND) amtlich festgestellt. Durch die hohe Widerstandsfähigkeit und Infektiosität verursachte die Newcastle-Krankheit innerhalb kurzer Zeit einen sehr hohen Schaden.

Zum Schutz vor der Einschleppung des Erregers in Geflügel- (Hühner, Truthühner, Perlhühner, Rebhühner, Fasane, Laufvögel, Wachteln, Enten oder Gänse) und Taubenbestände ordnet der Landkreis Elbe-Elster folgende Maßnahmen an:

1. Verbot von Geflügelausstellungen und Veranstaltungen

Alle Geflügelausstellungen und Veranstaltungen ähnlicher Art mit Geflügel oder Tauben (insbesondere Taubenauflässe) sind untersagt.

2. Vorbeugung und frühzeitige Erkennung der Newcastle- Krankheit

Alle Geflügelhaltungen ab einer Verlustrate innerhalb von 24 Stunden von:

- 3% bei einer Bestandsgröße von bis zu 100 Tieren oder
- 1% bei einer Bestandsgröße von mehr als 100 Tieren oder
- einer auffälligen Veränderung der Legeleistung oder der Gewichtsgrundlage

sind dem Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft (AVLL), des Landkreises Elbe-Elster, sofort zu melden (Telefon: 03535/462681, E-Mail: veterinaeramt@lkee.de) und die betroffenen Tiere sind durch amtlich entnommene Proben virologisch auf die Newcastle-Krankheit untersuchen zu lassen.

3. Anzeigepflicht und Impfpflicht

Tierhalter haben dem Veterinäramt unverzüglich die Anzahl der gehaltenen Vögel (Hühner, Truthühner, Perlhühner, Enten, Gänse, Wachteln, Fasane, Rebhühner, Tauben oder Laufvögel), unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standortes und der verendeten gehaltenen Vögel, sowie jede Änderung anzuzeigen, soweit noch nicht geschehen. Weiterhin weist das AVLL auf die bestehende Impfpflicht gegen die Newcastle- Krankheit hin. Diese Pflicht gilt unabhängig von der Größe des Bestandes sowohl für gewerbliche Geflügelhaltungen als auch für private Hobbyhaltungen jeder Größe.

4. Biosicherheitsmaßnahmen

Tierhalter haben zum Schutz vor biologischen Gefahren sicherzustellen, dass jegliche Personen, die mit den gehaltenen Vögeln im Bestand in Berührung kommen oder den Bestand betreten oder verlassen, Hygienemaßnahmen beachten, insbesondere gelten folgende Maßnahmen:

- a) Die Ein- und Ausgänge zu den Ställen oder sonstigen Standorten des Geflügels sind gegen unbefugten Zutritt oder unbefugtes Befahren zu sichern.
- b) Die Ställe oder sonstige Standorte dürfen von betriebsfremden Personen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegschutzkleidung betreten werden. Diese ist nach dem Verlassen abzulegen und bei Mehrwegschutzkleidung regelmäßig bei mind. 60 Grad zu waschen. Einwegschutzkleidung ist nach Gebrauch unschädlich in einer vor unbefugtem Zugriff geschützten Restmülltonne zu entsorgen.
- c) Schutzkleidung von Betriebsangehörigen ist ebenfalls nach Gebrauch unverzüglich zu reinigen und zu desinfizieren bzw. Einwegschutzkleidung nach Gebrauch unverzüglich unschädlich zu beseitigen.
- d) Nach jeder Einstellung oder Ausstallung von Geflügel sind die dazu eingesetzten Gerätschaften und der Verladeplatz zu reinigen und zu desinfizieren und nach jeder Ausstallung sind die freigewordenen Ställe einschließlich der dort vorhandenen Einrichtungen und Gegenstände zu reinigen und zu desinfizieren.
- e) Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Gerätschaften, die in der Geflügelhaltung eingesetzt und in mehreren Ställen oder von mehreren Betrieben gemeinsam genutzt werden, sind jeweils vor der Benutzung in einem anderen Stall bzw. bei Benutzung in mehreren Betrieben im abgebenden Betrieb vor der Abgabe zu reinigen und zu desinfizieren.
- f) Der Raum, der Behälter oder die sonstigen Einrichtungen zur Aufbewahrung verendeten Geflügels sind nach jeder Abholung, mindestens jedoch einmal im Monat, zu reinigen und zu desinfizieren.
- g) Eine betriebseigene Einrichtung zum Waschen der Hände sowie eine Einrichtung zum Wechseln und Ablegen der Kleidung und zur Desinfektion ist vorzuhalten.
- h) Vor dem Betreten und nach dem Verlassen der Stallungen sind die Hände mit Seife zu reinigen und anschließend zu desinfizieren (Handdesinfektionsmittel).
- i) Es ist eine strikte Trennung von Straßen- und Stallkleidung einzuhalten.
- j) Schuhe sind beim Betreten und Verlassen der Stallung zu reinigen und zu desinfizieren.

5. Aufzeichnungspflicht

Tierhalter haben eine vollständige Aufzeichnung über alle Personen zu führen, die den Betrieb besuchen und dem Veterinäramt auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Das gilt nicht für Besucher, die bei einem geschlossenen System keinen Zugang zur Tierhaltung hatten.

6. Tierkörperbeseitigung

Tierhaltende Betriebe haben ganze Tierkörper und Teile von toten oder getöteten, gehaltenen Vögeln als Material der Kategorie 2 nach den Vorgaben der VO (EU) 1069/2009 bei folgendem, beauftragten Entsorgungsunternehmen ordnungsgemäß zu beseitigen:

SecAnim GmbH,
Neuzeller Str. 29, 03172 Guben, OT Bresinchen,
Tel: 03561/684611/-12,
FAX: 03561/684620

7. Sofortige Vollziehung

Gemäß § 37 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG) entfällt die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen gegen die Anordnungen dieser Verfügung. Für davon nicht erfasste Maßnahmen wird die sofortige Vollziehung im besonderen öffentlichen Interesse gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung

8. Inkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Begründung:

Sachverhalt

Die Newcastle- Krankheit, auch als atypische Geflügelpest bezeichnet, ist eine weltweit verbreitete, hoch ansteckende Viruserkrankung bei Geflügel und Wildvögeln, verursacht durch ein Paramyxovirus (APMV). Die Tierseuche ist anzeigepflichtig und führt zu schweren wirtschaftlichen Schäden durch Atemnot, Durchfall, Legeleistungsabfall und neurologische Störungen. Zu den betroffenen Tierarten gehören Hühner und Puten, aber auch Enten, Gänse, Tauben und Zier-/Wildvögel. Die häufigsten Symptome sind Atemnot, grüner Durchfall, Apathie, verringerte Legeleistung, geschwollene Augenlider und bläuliche Kämme, aber auch neurologische Anzeichen wie Halsverdrehen (Torticollis), Lähmungen und Zittern sind häufig. Die Übertragung erfolgt direkt von Tier zu Tier (Luft, Sekrete) oder indirekt über Menschen, Fahrzeuge, Futter, Eier oder Transportkisten. In Deutschland besteht eine Impfpflicht für alle Hühner- und Putenhaltungen, auch für Hobbyhaltungen. Das Virus ist für den Menschen weitgehend ungefährlich; Ansteckungen (z. B. Bindehautentzündung) sind bei Geflügelhaltern selten.)

Für Betriebe, die aus erwerbswirtschaftlichen Gründen Geflügel halten, sind Ausbrüche im eigenen Bestand sowie auch in unmittelbarer Nähe existenzbedrohend.

Seit Februar 2026 wurden in Geflügelhaltungen im Land Brandenburg mehrere Ausbrüche der Newcastle-Krankheit amtlich festgestellt. Weiterführende virologische Untersuchungen charakterisieren die bisher aufgetretenen ND- Viren als Genotyp VII. Insbesondere Bestände mit Jungtieren zeigten eine deutliche Klinik und erhöhte Verluste, da noch keine ausreichende Immunantwort aufgebaut werden konnte. Auch Legehennen zeigten eine zurückgehende bis ausbleibende Legeleistung. Aufgrund der hohen Widerstandsfähigkeit und Infektiosität verursachte die Newcastle- Krankheit mit dem Genotyp VII innerhalb kurzer Zeit einen sehr hohen Schaden. Bisher mussten bereits mehr als 3,5 Mio. Hühner und Puten getötet werden. Weitere Ausbrüche sind zu befürchten. In einem Taubenbestand in Brandenburg konnte ebenfalls eine Infektion mit einem Newcastle- Virus nachgewiesen werden. Zum Schutz vor der Einschleppung des

Erregers in weitere Geflügelbestände und deren Auswirkungen, sind per Erlass des Ministeriums vom 29.04.2026, von den Landkreisen und kreisfreien Städten deshalb die unter 1. und 2. aufgeführten zusätzlichen Seuchenpräventions- und -bekämpfungsmaßnahmen anzuwenden und durchzusetzen.

rechtliche Würdigung

Der Landkreis Elbe-Elster ist örtlich und sachlich zuständig. Die Zuständigkeit ergibt sich aus § 1 Abs. 4 Gesetz zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AGTierGesG). Das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft (AVLL) trifft die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen, die zur Feststellung oder zur Ausräumung eines hinreichenden Verdachtes, eines Verstoßes oder zur Beseitigung festgestellter Verstöße oder zur Verhütung künftiger Verstöße erforderlich sind.

Die Bekämpfung der Newcastle- Krankheit ist in der Verordnung (EU) 2016/429 und in der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 geregelt. Bei der Newcastle- Krankheit handelt es sich um eine bekämpfungspflichtige Seuche der Kategorie A nach Art. 5 Abs. 1 Buchst a) sublit. iv) i. V. m. Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a) Verordnung (EU) 2016/429 i. V. m. Art. 1 Nr. 1 und Art. 2 i. V. m. Anhang der Verordnung (EU) 2018/1882.

Die angeordneten Maßnahmen wurden unter Berücksichtigung des gesetzlich eingeräumten Ermessens sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften getroffen. Die getroffenen Maßnahmen sind erforderlich. Ein milderer Mittel zur Erreichung des Zieles, die Verbreitung des Virus zu verhindern, ist nicht erkennbar. Die Anordnungen sind geeignet, die Tierseuche schnellstmöglich zu bekämpfen und der Verbreitung entgegenzuwirken.

Die angeordneten Maßnahmen sind angemessen und führen nicht zum persönlichen Nachteil, der erkennbar außer Verhältnis zum eingangs erläuterten Ziels steht. Individuelle Interessen des von dieser Tierseuchenallgemeinverfügung betroffenen Personenkreises haben angesichts der Seuchenlage ausnahmsweise hinter dem öffentlichen Interesse an einer wirksamen Seuchenbekämpfung zurückzutreten.

Zu 1. Verbot von Geflügelausstellungen und Veranstaltungen.

Um eine weitere Verbreitung des Aviäre Paramyxovirus 1 und damit weitere Erkrankungsfälle in Geflügelbeständen zu verhindern, wird das Zusammentreffen von Geflügel oder Tauben aus verschiedenen Beständen im Rahmen von Ausstellungen oder anderen vergleichbaren Veranstaltungen auf Grundlage des §16a der Geflügelpestverordnung in der Fassung vom 23. Dezember 2005 untersagt. Dadurch soll verhindert werden, dass der Erreger aus einem Bestand mit einer noch nicht erkannten Infektion mit dem Aviäre Paramyxovirus 1 in weitere Haltungen verschleppt wird. Die getroffenen Maßnahmen stehen nicht außer Verhältnis zum Ziel, eine Weiterverbreitung des Krankheitserregers zu verhindern.

Zu 2. Vorbeugung und frühzeitige Erkennung der Newcastle- Krankheit

Zum Schutz vor der Verbreitung und Einschleppung des Erregers in weitere Tierbestände ist eine frühestmögliche Entdeckung des Erregers notwendig. Nur dadurch kann der Seuchenherd so früh wie möglich getilgt werden und eine Übertragung auf weitere Bestände verhindert werden. Daher ist es notwendig bei Verlustraten innerhalb von 24 Stunden in den genannten Höhen sofort das AVLL zu informieren, um die verendeten Tiere auf das Aviäre Paramyxovirus 1 untersuchen zu lassen.

Zu 3. Anzeigepflicht und Impfpflicht

Gemäß Artikel 84 der Verordnung (EU) 2016/429 i.V.m. § 2 Geflügelpest-Verordnung hat, wer Geflügel halten will, der zuständigen Behörde zusätzlich zu den Angaben nach § 26 Abs. 1 S. 1 der

Viehverkehrsverordnung (ViehVerkV) mitzuteilen, ob er das Geflügel in Ställen oder im Freien hält. Der § 26 Abs. 1 S. 2 ViehVerkV gilt entsprechend.

Nach § 26 Abs. 1 ViehVerkV hat, wer Hühner, Enten, Gänse, Fasane, Perlhühner, Rebhühner, Tauben, Truthühner, Wachteln oder Laufvögel halten will, dies der zuständigen Behörde oder einer von dieser beauftragten Stelle, vor Beginn der Tätigkeit unter Angabe seines Namens, seiner Anschrift und der Anzahl der im Jahresdurchschnitt voraussichtlich gehaltenen Tiere und ihres Standortes, bezogen auf die jeweilige Tierart, anzuzeigen. Änderungen sind unverzüglich anzuzeigen.

Dies dient der behördlichen Erfassung sämtlicher Tierhaltungen und ermöglicht somit eine fortlaufende Bewertung seuchenhygienischer Risiken, welche eine wesentliche Grundlage für eine wirksame Tierseuchenbekämpfung darstellt. Insbesondere im Hinblick auf das Auftreten der Newcastle- Krankheit. Nur durch die Kenntnis über Standort, Haltungsform und Tierzahlen kann die zuständige Behörde im Seuchenfall gezielte Maßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung und Weiterverbreitung des Erregers treffen und notwendige Schutz- und Überwachungszonen effektiv festlegen.

Gemäß § 7 Absatz 1 der Verordnung zur Bekämpfung der Newcastle- Krankheit in der Fassung vom 20. Dezember 2005 hat der Besitzer eines Hühner- oder Truthuhnbestandes seine Tiere durch einen Tierarzt gegen die Newcastle Krankheit derart impfen zu lassen, dass *„im gesamten Bestand eine ausreichende Immunität der Tiere gegen die Newcastle- Krankheit gewährleistet ist“*. Die Tiere sollten daher entsprechend der Gebrauchsanweisung grundimmunisiert und in einem der Dauer der Immunität entsprechenden Intervall revakziniert werden.

Zu 4. Biosicherheitsmaßnahmen

Gemäß Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe e und Artikel 40 Verordnung (EU) 2020/687 haben Tierhalter zum Schutz vor biologischen Gefahren sicherzustellen, dass jegliche Personen, die mit den gehaltenen Vögeln im Bestand in Berührung kommen oder den Bestand betreten oder verlassen, Hygienemaßnahmen beachten. Für die Schutz- und Überwachungszone gelten insbesondere folgenden Maßnahmen:

Die Ställe oder sonstigen Standorte dürfen von betriebsfremden Personen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegschutzkleidung betreten werden. Diese ist nach dem Verlassen abzulegen und bei Mehrwegschutzkleidung regelmäßig bei mind. 60 Grad Celsius zu waschen. Einwegschutzkleidung ist nach Gebrauch unschädlich in einer vor unbefugten Zugriff geschützten Restmülltonne zu entsorgen. Schutzkleidung von Betriebsangehörigen ist ebenfalls nach Gebrauch unverzüglich zu reinigen und zu desinfizieren beziehungsweise Einwegschutzkleidung nach Gebrauch unverzüglich unschädlich zu beseitigen. Vor dem Betreten und nach dem Verlassen der Stallungen sind die Hände mit Seife zu reinigen und anschließend zu desinfizieren (Handdesinfektionsmittel).

Es ist eine strikte Trennung von Straßen- und Stallkleidung einzuhalten. Schuhe sind beim Betreten und Verlassen der Stallung zu reinigen und zu desinfizieren.

Zu 5. Aufzeichnungspflicht

Gemäß Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe f und Absatz 2 und Artikel 40 der Verordnung (EU) 2020/687 muss das Veterinäramt anordnen, dass tierhaltende Betriebe eine vollständige Aufzeichnung über alle Personen zu führen haben, die den Betrieb besuchen und dem Veterinäramt auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Nur mittels lückenloser Dokumentation des Besucherverkehrs können epidemiologische Untersuchungen zur Ermittlung der Eintragsquelle und potentielle Verbreitungswege ermittelt werden.

Zu 6. Tierkörperbeseitigung

Tierhaltende Betriebe haben gemäß Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe g und Artikel 40 der Verordnung (EU) 2020/687 ganze Tierkörper und Teile von toten oder getöteten gehaltenen Vögeln als Material der Kategorie

2 nach den Vorgaben der Verordnung (EU) 1069/2009 beifolgendem beauftragten Entsorgungsunternehmen ordnungsgemäß zu beseitigen:

SecAnim GmbH
Niederlassung Bresinchen
Neuzeller Str. 29
03172 Guben
Tel.: +49 (0) 3561 6846 11/-12
Fax: +49 (0) 3561 6846 20
E-Mail: tierannahme.bresinchen@secanim.de

Die ordnungsgemäße Beseitigung soll die Gefahr der Verschleppung des Virus durch die Beseitigung von Tierkörpern oder Tierkörperteilen durch nicht autorisierte Betriebe oder Personen auf ein Minimum reduzieren.

Zu 7. Sofortige Vollziehung

Nach § 37 TierGesG hat die Anfechtung bestimmter Anordnungen keine aufschiebende Wirkung. Gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO kann die sofortige Vollziehung im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet werden.

Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hätte in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung.

Ein besonderes öffentliches Interesse ist hier gegeben, weil durch die Ausbreitung der Newcastle- Krankheit unter anderem die Gefahr von gesundheitlichen wie auch von wirtschaftlichen Folgen erheblich wären sowie dadurch den empfänglichen Tieren erhebliche, letztlich vermeidbare Leiden und Schäden zugefügt würden. Es liegt im besonderen öffentlichen Interesse, dass die zur wirksamen Seuchenprävention erforderlichen Maßnahmen ohne zeitlichen Verzug durchgeführt werden können. Diesem besonderen öffentlichen Interesse stehen keine vorrangigen oder gleichwertigen Interessen der einzelnen Tierhalter gegenüber, die es rechtfertigen könnten, die Wirksamkeit der Allgemeinverfügung bis zu einer zeitlich noch nicht absehbaren unanfechtbaren Entscheidung im Rahmen eines möglichen Gerichtsverfahrens hinauszuschieben. Die notwendigen Maßnahmen müssen schnellstmöglich wirksam und durchsetzbar werden. Bei einer zeitlichen Verzögerung durch mögliche Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung würde die Gefahr der nicht rechtzeitigen Erkennung und/oder Verbreitung der Newcastle- Krankheit die Aus- bzw. Verbreitung begünstigt.

Der Schutz hoher Rechtsgüter erfordert ein Zurückstehen der Individualinteressen etwaiger Geflügelhalter bzw. Veranstalter am Eintritt der aufschiebenden Wirkung infolge eines eingelegten Rechtsbehelfs. Das öffentliche Interesse an umgehenden Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz gegen eine Weiterverbreitung der Seuche überwiegt.

Zu 8. Inkrafttreten

Die Bekanntgabe der Allgemeinverfügung erfolgt auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) i. V. m. § 41 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Danach gilt eine Allgemeinverfügung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Nach § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG kann in der Allgemeinverfügung ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag, bestimmt werden. Von dieser Ermächtigung wurde in Punkt 8. dieser Allgemeinverfügung Gebrauch gemacht, da die angeordneten tierseuchenrechtlichen Maßnahmen keinen Aufschub dulden.

Bei der Bekanntgabe durch ortsübliche Bekanntmachung ist zu berücksichtigen, dass vorliegend der Adressatenkreis so groß ist, dass er, bezogen auf Zeit und Zweck der Regelung, vernünftigerweise nicht mehr

in Form einer Einzelbekanntgabe angesprochen werden kann. Von einer Anhörung wurde daher auf der Grundlage des § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG abgesehen.

Hinweis Zuwiderhandlungen:

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Allgemeinverfügung können gemäß § 3 und § 7 des Gesetzes zur Durchsetzung tiergesundheitsrechtlicher und bestimmter kontrollrechtlicher Vorschriften der Europäischen Union (Tiergesundheitsrechtliches Bußgeldgesetz - TierGesBußG) mit einem Bußgeld bis zu 50.000 € geahndet werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landrat des Landkreises Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Str. 2, 04916 Herzberg (Elster), einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Vertrauensdienstegesetzes zu versehen. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter <http://www.lkee.de/Quickmenu/Impressum> aufgeführt sind.

Hinweis:

Ein gegen diese Allgemeinverfügung eingelegter Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruches kann bei der vorbezeichneten Behörde oder beim Verwaltungsgericht Cottbus, Vom-Stein-Str. 27, 03050 Cottbus beantragt werden.

Gesetzliche Grundlagen:

- Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) *ABl. L 84 vom 31.3.2016, pp. 1–208*, in der geltenden Fassung
- Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen *ABl. L 174 vom 3.6.2020, pp. 64–139*, in der geltenden Fassung
- Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen *C/2018/7920ABl. L 308 vom 4.12.2018, pp. 21–29*, in der geltenden Fassung
- Gesetz zur Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz - TierGesG), in der Fassung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), zuletzt geändert am 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2852), in der geltenden Fassung
- Gesetz zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AGTierGesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.12.2001 (GVBl. I/02 Nr. 2 S.14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Januar 2016 (GVBl. I/16 Nr. 5), in der geltenden Fassung
- Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr (Viehverkehrsverordnung – ViehVerkV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2020 (BGBl. I S. 1170), in der geltenden Fassung
- Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung vom 20. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3499), zuletzt geändert am 20. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3499), in der geltenden Fassung
- Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) vom 7. Juli 2009 (GVBl.I/09, [Nr. 12], S.262, 264) zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Mai 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 8], S.4), in der geltenden Fassung

- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert am 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236), in der geltenden Fassung
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S.686), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Januar 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 9), in der geltenden Fassung

Herzberg, 5. Mai 2026

Im Auftrag

Mareike Wohlert
Amtstierärztin

Öffentliche Bekanntmachung

Sitzung des Werksausschusses Kreisstraßenmeisterei

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.05.2026, 16:00 Uhr
Sitzungsort: Betriebsteil Elsterwerda der Kreisstraßenmeisterei, Belegschaftsraum, 04910
Elsterwerda, Dresdener Straße 13

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift
- 3 Zwischenbericht nach § 5 Abs. 6 Betriebssatzung - Ergebnis per 31.03.2026
Vorlage: IV-044/2026
- 4 Zwischenbericht nach § 5 Abs. 6 Betriebssatzung - vorläufiges Ergebnis per 31.12.2025
Vorlage: IV-045/2026
- 5 Vorschlag für die Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2026 der Kreisstraßenmeisterei
Vorlage: BV-053/2026
- 6 Informationen, Mitteilungen, Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Nichtöffentliche Informationen und Anfragen
-

Öffentliche Zustellung

gem. § 1 Verwaltungszustellungsgesetz Land Brandenburg (BbgVwZG) i. V. m. § 10
Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)

für Herrn Maik Helemann

Zuletzt bekannte Anschrift: Dorfstraße 8, 03238 Lichterfeld-Schacksdorf OT Schacksdorf

Zweitbescheid im Sinne des Schornsteinfegerhandwerksgesetzes, Aktenzeichen: 32.32.55.12.1063.2026

Der vorgenannte Bescheid vom 29.04.2026 wird öffentlich zugestellt, da eine Zustellung nicht möglich ist, da diese Zustellung unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht. Der Bescheid gilt zwei Wochen nach Bekanntgabe dieser Benachrichtigung als zugestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass nach wirksamer Zustellung die Rechtsbehelfsbelehrung gem. § 70 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zu laufen beginnt und nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Der Betroffene kann das Original des Bescheides beim Landkreis Elbe-Elster, Ordnungsamt/Öffentliche Ordnung – Zimmer 013 –, An der Lanfter 5, 04916 Herzberg (Elster), zu den Sprechzeiten (Dienstag: von 08:00 – 12:00 und 13:00 – 17:00 Uhr Donnerstag: von 08:00 – 12:00 und 13:00 – 16:00 Uhr) einsehen und in Empfang nehmen (Vorlage eines gültigen Lichtbildausweises).

Im Auftrag

Dins
SB Öffentliche Ordnung

IMPRESSUM

Amtsblatt für den Landkreis Elbe-Elster

- **Herausgeber:**

Landkreis Elbe-Elster, vertreten durch den Landrat Christian Jaschinski, 04916 Herzberg, Ludwig-Jahn-Straße 2

Pressestelle:

Tel.: 03535 46-1243; Internet: <http://www.landkreis-elbe-elster.de>, E-Mail: amtsblatt@lkee.de

- **Verantwortlich für den amtlichen Teil:**

Landkreis Elbe-Elster, vertreten durch den Landrat Marcel Schmidt, 04916 Herzberg, Ludwig-Jahn-Straße 2

Für den Inhalt der Rubrik - Bekanntmachungen anderer Behörden und Verbände - sind diese selbst verantwortlich.

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf in elektronischer Form unter <https://www.lkee.de/Unser-Landkreis/Kreisanzeiger-Amtsblatt>